
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Informationskampagne des Senats über Bleibe- und Integrationsperspektiven

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Informationskampagne über

- bestehende Bleiberechtsregelungen,
- Möglichkeiten, einen Aufenthaltsstatus zu erlangen bzw. zu verfestigen sowie
- Bleibeperspektiven zum Beispiel durch Ausbildung und Arbeit

auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus sollen vorhandene Informationsangebote gebündelt und transparent zur Verfügung gestellt werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Januar 2019 zu berichten.

Begründung:

In den letzten zwei Jahren gab es vielfältige Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht. Die einzelnen Regelungen und die dazu gehörige Rechtsprechung sind sowohl für geflüchtete Menschen oder auch Arbeitsmigrant*innen als auch für helfende Initiativen und auch Unternehmen, die Geflüchtete und Migrant*innen ausbilden oder einstellen wollen, nur schwer überschaubar oder im Detail nachvollziehbar.

Dies sorgt bei den in der Unterstützung und Integration von Geflüchteten bzw. Migrant*innen tätigen Personen, Initiativen und Unternehmen in Berlin in vielfältiger Weise für Unsicherheiten darüber, welche Bleibeperspektiven bestehen, welche Rechte Betroffene geltend machen können oder über die Frage, ob ein Geflüchteter eine Arbeits- bzw. Ausbildungsstelle antreten kann. Auch helfende Initiativen stoßen durch eine ungenügende Informationslage an Grenzen in ihrer Beratungstätigkeit.

Menschen, die sich mit prekärem Status in Berlin aufhalten, suchen oftmals nicht den Kontakt zu öffentlichen Anlaufstellen, da sie befürchten, ansonsten umgehend abgeschoben zu werden. Für diese Personengruppe ist daher ein niedrighschwelliger Zugang zu Informationen dringend notwendig.

Es gibt zwar von verschiedenen Organisationen und Initiativen Informationsangebote über das Aufenthaltsrecht sowie Integrations- und Bleibeperspektiven in Deutschland, aber keinen gesammelten Überblick darüber.

Der Senat von Berlin muss hier umgehend Abhilfe schaffen und eine umfassende Informationskampagne auf den Weg bringen, die sich sowohl an Migrantinnen und Migranten als auch an helfende Initiativen sowie an Arbeitgeber*innen richtet und über die einzelnen Aufenthalts- und Bleiberegungen detailliert aufklärt.

Die Informationen müssen gebündelt präsentiert werden und für Geflüchtete, schon länger hier lebende Menschen, aber auch für Einwanderungswillige im Ausland über verschiedene Medien, auch Social Media, verfügbar gemacht werden.

Dieser Handlungsauftrag richtet sich insbesondere an die Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales sowie Inneres, die federführend für die beiden Themenkomplexe Integration einerseits und Aufenthaltsrecht andererseits mit ihren nachgeordneten Behörden zuständig sind. Die Kampagne kann dabei auf der Vorarbeit des Willkommenszentrums aufsetzen.

Berlin, d. 09. Oktober 2018

Saleh Dr. Böcker-Giannini
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Jarasch
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen